

Medienmitteilung

Bundesrat setzt Leitplanken zur Staatsleitungsreform

BDP ist mit dem Lösungsansatz generell zufrieden, hat aber Fragezeichen bei den Kompetenzverschiebungen

Die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz BDP ist mit den vom Bundesrat präsentierten Leitplanken für die Regierungsreform grundsätzlich einverstanden. Sie setzt aber Fragezeichen bei den Prüfaufträgen zur Verschiebung von Wahlkompetenzen hin zur Exekutive. Die drei Hauptpunkte: Bundespräsidium für zwei Jahre, Ausbau der Staatssekretäre und Stärkung der Bundeskanzlei scheinen der BDP sinnvoll zu sein. Mit den gemachten Vorschlägen hat der Bundesrat seinen Auftrag wahrgenommen. Nun ist es am Parlament, schnell und klar zu handeln.

Die BDP findet die vom Bundesrat gemachten Vorschläge für die Zusatzbotschaft zur Regierungsreform in ihrer Stossrichtung gut. Es ist dem Bundesrat zugute zu halten, dass er sich vorab mit Massnahmen beschäftigt, die seine eigenen Führungsaspekte betreffen. Noch unklar sind die Auswirkungen auf das Verhältnis zum Parlament. Fragezeichen setzt die BDP deshalb bei den Prüfaufträgen für Verschiebungen bei Wahlkompetenzen von der Legislative hin zur Exekutive (Bundespräsidium, Bundeskanzlei). Die BDP wird jedenfalls mithelfen, den Druck für einen Regierungsreform hochzuhalten. Nach Vorliegen der Zusatzbotschaft im Sommer ist das Parlament aufgefordert, rasch und klar zu handeln.

Die Verlängerung des Bundespräsidiums auf zwei Jahre - ohne gleichzeitige Schaffung eines Präsidialdepartments - erscheint der BDP eine sinnvolle Massnahme zu sein. Nicht nachvollziehen kann die BDP die Überlegungen, weshalb der Bundesrat künftig den Bundespräsidenten respektive die Bundespräsidentin allenfalls selber wählen sollte.

Den Ausbau der Staatssekretäre begrüsst die BDP, weil sie glaubt, dass eine stärkere Entlastung des Bundesrates v.a. bei Vertretungsaufgaben im Ausland und gegenüber den Kommissionen nötig ist. Störend findet es die BDP, dass die Staatssekretäre auch in Zukunft nur vom Bundesrat ernannt werden. Hier könnte sich die BDP als zusätzliche Legitimation eine Bestätigung durch das Parlament vorstellen.

Die Stärkung der Bundeskanzlei ist für die BDP ein nachvollziehbarer Schritt. Dass der Bundesrat die Bundeskanzlerin oder den Bundeskanzler in Zukunft allenfalls selber ernennen und vom Parlament nur noch absegnen lassen will, dürfte dort aber sicher noch für heisse Diskussionen sorgen und kann von der BDP momentan nicht nachvollzogen werden.

Auskunft:

NR Hans Grunder, 079 300 29 87

25.03.2010